FREIBERUFLER-TICKER vom 14. November 2025

1. Gelungener Auftakt für den ersten Tag der jungen Freien Berufe

Knapp 100 Gäste – junge Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Verbänden – kamen am 7. November 2025 in Berlin zusammen. Im Mittelpunkt standen persönliche Einblicke in Gründung, Nachfolge und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – flankiert von klaren politischen Impulsen der jungen Generation. Ein besonderer Akzent lag auf den zehn Thesen des Gesprächsforums „Junge Freie Berufe“, die Sebastian Roloff MdB (SPD) entgegennahm. Netzwerken zog sich als roter Faden durch die Premiere und machte die Vielfalt und Verbundenheit der Freien Berufe erlebbar. Der BFB dankt der AIA, der Deutschen Apotheker- und Ärztebank, der Bundesnotarkammer, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der KfW und pantamedia communications.

2. Spitzentreffen der Allianz für Aus- und Weiterbildung

Am 10. November 2025 fand das Spitzentreffen der Allianz für Aus- und Weiterbildung statt. Neben Bärbel Bas (SPD), Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Karin Prien (CDU), Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Katherina Reiche (CDU), Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, war auch BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister vertreten. Er stellte dort die Zahlen zur Entwicklung der Ausbildungsverträge bei den Freien Berufen vor (siehe 3.). „Jeder neue Ausbildungsvertrag ist eine Investition in die Zukunft – für junge Menschen genauso wie für unsere Wirtschaft“, sagte Dr. Hofmeister. Er warnte vor der in Berlin diskutierten Ausbildungsplatzabgabe, die insbesondere engagierte Ausbildungsbetriebe belasten würde, und plädierte für verlässliche Rahmenbedingungen sowie eine stärkere Berufsorientierung und die Fortführung bewährter Unterstützungsprogramme wie VerAplus.

3. 6,2 Prozent mehr Ausbildungsverträge bei Freien Berufen – exklusive Zahlen

Der BFB wertete in einer eigenen Erhebung die Entwicklung der Ausbildungsverträge bei den Freien Berufen aus Demnach wurden zwischen dem 1. Oktober 2024 und dem 30. September 2025 50.140 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen – ein Zuwachs von 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Trotzdem bleibt der Fachkräftemangel weiterhin gravierend, in den Freien Berufen fehlen insgesamt 211.000 Personen. Davon 44.000 Auszubildende, 129.000 Fachkräfte und 38.000 angestellte Berufsträgerinnen und Berufsträger. Die Zahlen stellte BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister beim Spitzentreffen der Allianz für Aus- und Weiterbildung vor (siehe 2.).

4. Bundeskabinett beschließt Berufsbildungsbericht 2025

Am 5. November 2025 wurde der Berufsbildungsbericht 2025, der die Lage auf dem Ausbildungsmarkt 2024 spiegelt, vom Bundeskabinett beschlossen. Im Vergleich zu 2023 wurden 0,5 Prozent weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen, sodass insgesamt 486.700 Personen ihre Ausbildung starteten. Die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen bleibt laut Berufsbildungsbericht Herausforderung der nächsten Jahre. Der Bericht bemerkt zu den Freien Berufen, dass diese bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zum Stichtag 30. September 2024 insgesamt 47.437 verzeichneten, ein Zuwachs von 3,5 Prozent. Damit liege der Anteil der Freien Berufe an den Neuverträgen bei 9,7 Prozent. Der Frauenanteil ist leicht rückläufig und beträgt 2023 90,1 Prozent – weiterhin der höchste Wert aller Sektoren. Aus dem flankierenden Datenreport geht hervor, dass die Freien Berufe die meisten Auszubildenden mit ausländischen Wurzeln beschäftigen. Ihr Anteil stieg 2023 weiter von 20,3 auf 21,6 Prozent, auch weiterhin der höchste Wert aller Wirtschaftsbereiche.

5. Ein Drittel der Jugendlichen hält sich mehrere Bildungsoptionen offen

Zwei Drittel der Jugendlichen geben an, sich relativ sicher über den Bildungsweg nach dem Schulabschluss zu sein. Zugleich erwägt rund ein Drittel mehr als eine Möglichkeit – etwa Ausbildung, weiterführende Schule oder Studium. Eine Ausbildung kommt auch für Jugendliche außerhalb des Bewerberpools der Bundesagentur für Arbeit infrage. Das zeigt die am 12. November 2025 veröffentlichte Studie „BeYou – Berufswahl und Du“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die den Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf begleitet.

6. Schülerzahlen steigen

Die Bildungsministerkonferenz (Bildungs-MK) stellte am 10. November 2025 die aktuellen Vorausberechnungen der Schülerzahlen bis 2040 vor. Nach den neuen Berechnungen wächst die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Deutschland bis 2032 weiter deutlich an. Selbst nach dem erwarteten Rückgang ab 2032 bleibt die Schülerzahl auf hohem Niveau. Das heißt: In 15 Jahren werden immer noch mehr Kinder und Jugendliche im Bildungssystem sein als heute. Die jetzt veröffentlichten Berechnungen nutzen die Länder unter anderem für die Planung von Schulbau, Personalbedarf und individuellen Fördermaßnahmen. Nach den Prognosen der Bildungs-MK steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler zunächst weiter an – von rund 11,2 Millionen 2024 auf knapp 11,8 Millionen 2032. Das sind fast 600.000 zusätzliche Kinder und Jugendliche – ein Plus, das in etwa der Zahl aller Schülerinnen und Schüler eines mittelgroßen Bundeslandes wie Rheinland-Pfalz entspricht. Umgerechnet auf Deutschland bedeutet das rund 24.000 zusätzliche Klassen oder fast 1.200 neue Schulen. Nach dem vorläufigen Höchststand 2032 sinkt die Zahl der Schülerinnen und Schüler langsam wieder, liegt 2040 mit rund 11,3 Millionen aber immer noch 77.000 über dem Wert von 2024. Das entspricht in etwa der gesamten Schülerzahl eines kleinen Bundeslandes wie Bremen und bedeutet rund 3.000 zusätzliche Klassen gegenüber dem Ausgangsjahr.

7. KOM startet Konsultation zur öffentlichen Auftragsvergabe

Aktuell und noch bis zum 26. Januar 2026 läuft eine öffentliche Konsultation zur Reform des öffentlichen Auftragswesens. Wesentliches Ziel der Initiative ist es, die Vergabeverfahren zu vereinfachen, zu beschleunigen und flexibler zu machen sowie den bestehenden Rechtsrahmen zu vereinheitlichen und kohärenter zu gestalten. Ein zentrales Element soll der Aufbau eines digitalen europäischen Beschaffungsmarktplatzes sein. Darüber hinaus soll die öffentliche Auftragsvergabe zukünftig stärker zur wirtschaftlichen Sicherheit und Souveränität der Europäischen Union (EU) beitragen. Dazu plant die Europäische Kommission die Einführung von „Made in Europe“-Kriterien. Damit soll die Widerstandsfähigkeit kritischer Lieferketten gestärkt und die Abhängigkeit von Drittstaaten verringert werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der stärkeren Ausrichtung des Beschaffungswesens an den strategischen Politikzielen der EU, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Soziales und Innovation. Öffentliche Aufträge sollen gezielt dazu beitragen, nachhaltige, inklusive und innovative Lösungen zu fördern und damit die grüne und digitale Transformation der europäischen Wirtschaft unterstützen.

8. KOM startet Sondierung zu Baudienstleistungen

Für das vierte Quartal 2026 plant die Europäische Kommission einen Rechtsakt zu Baudienstleistungen. Dazu wurde jetzt eine Sondierung gestartet. In dieser ersten Phase können bis zum 15. Dezember 2025 Eingaben gemacht werden. Ziel der Initiative ist eine erleichterte Erbringung von Bau- und Installationsdienstleistungen im Binnenmarkt. Unternehmen und Fachkräfte, die in ihrem Heimatmitgliedstaat zugelassen, zertifiziert und qualifiziert sind, sollen

ihre Dienstleistungen nahtlos in anderen Mitgliedstaaten erbringen können. Zudem gelte es, den Verwaltungsaufwand und die Kosten für die Einhaltung von Vorschriften für diejenigen, die in einem anderen Mitgliedstaat tätig werden möchten, zu reduzieren. Um dies zu erreichen, werden mehrere Optionen vorgeschlagen. Diese reichen von der gegenseitigen Anerkennung oder Harmonisierung von nationalen Genehmigungen, Zertifikaten, Kompetenznachweisen sowie nationalen Baustellenausweisen bis hin zur Harmonisierung der nationalen Anforderungen für den Zugang und die Ausübung von Baudienstleistungen. Inwiefern durch diese Initiative auch Architektinnen und Ingenieure und deren spezifische Herausforderungen bei grenzüberschreitendem Wirken tangiert werden, bleibt gegenwärtig unklar.

9. Fast jedes zehnte Unternehmen ist eine Neugründung

2023 waren rund 269.000 der insgesamt 3,2 Millionen Unternehmen in Deutschland Neugründungen. Damit waren 8,4 Prozent der Unternehmen Neugründungen. Im Vorjahr hatte die Gründungsrate, also der Anteil der in einem Jahr gegründeten Unternehmen am gesamten Unternehmensbestand desselben Jahres, bei acht Prozent gelegen. 2023 wurden mehr Unternehmen geschlossen als neu gegründet: Insgesamt gut 283.000 geschlossene Unternehmen ergaben eine Schließungsrate von 8,9 Prozent. Das teilte das Statistische Bundesamt im Vorfeld der Gründungswoche 2025 am 11. November 2025 mit.

10. Zahl der unter Dreijährigen in Kinderbetreuung

Wie das Statistische Bundesamt am 31. Oktober 2025 mitteilte, besuchten zum Stichtag 1. März 2025 rund 801.300 Kinder unter drei Jahren eine Kindertageseinrichtung oder eine Tagespflege in Deutschland, das waren etwa 47.100 (5,6 Prozent) weniger als im Vorjahr. Trotz des Rückgangs stieg die Betreuungsquote leicht auf 37,8 Prozent, da die Zahl der Kinder unter drei Jahren insgesamt noch stärker gesunken ist. Ursache dafür ist vor allem der Rückgang der Geburtenzahlen in den letzten Jahren. Erstmals seit Beginn der Erhebung ging auch die Gesamtzahl der betreuten Kinder leicht zurück, während die Zahl der Einrichtungen und des pädagogischen Personals weiter zunahm. Deutliche regionale Unterschiede bestehen fort: In den ostdeutschen Ländern einschließlich Berlin waren über die Hälfte der unter Dreijährigen betreut, in den westdeutschen Ländern lag die Quote bei rund 34,5 Prozent.

11. SVR-Gutachten 2025/26 veröffentlicht

Am 12. November 2025 veröffentlichte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) sein Gutachten 2025/26 mit dem Titel „Perspektiven für morgen schaffen – Chancen nicht verspielen“. Darin werden die Freien Berufe nicht adressiert. Dem Gutachten zufolge dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr real um 0,2 Prozentpunkte und 2026 um 0,9 Prozentpunkte wachsen. Die Inflationsrate wird voraussichtlich in diesem Jahr 2,2 Prozent und im kommenden Jahr 2,1 Prozent betragen. Die Arbeitslosenquote soll 2025 auf 6,3 Prozent ansteigen und 2026 auf 6,1 Prozent leicht zurückgehen. Laut dem SVR soll das neue Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ zusätzlich und investiv wirken – also echte Zusatzinvestitionen schaffen, keine Ersatzfinanzierungen. Um dies zu gewährleisten, soll ein Monitoring-System zur Kontrolle eingerichtet werden, dass die Mittel effizient und wachstumsfördernd eingesetzt werden. Darüber hinaus empfiehlt der SVR, die Standortbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, indem Bürokratieabbau und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren vorangetrieben sowie Planungs- und Vergabeverfahren vereinfacht werden. Zudem soll das Arbeitskräfteangebot durch bessere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie qualifizierte Zuwanderung erhöht werden. Auch wird gefordert, die Unternehmensbesteuerung zu reformieren. Als mögliche Ansätze hierfür werden genannt: Herstellung der Neutralität

zwischen Eigen- und Fremdkapitalfinanzierung, Einführung einer Eigenkapitalrücklage oder Cashflow-Steuer, Flexibilisierung der Verlustverrechnung. Prof. Dr. Veronika Grimm, eine der fünf Wirtschaftsweisen, setzt in der in den kommenden Tagen erscheinenden Ausgabe des BFB-Mitgliedermagazins „der freie beruf“ mit ihrem Namensbeitrag einen deutlichen Akzent. Darin fordert sie: „Deutschland braucht eine Wachstumsagenda.“

12. BSI-Jahresbericht zur Cybersicherheit

Der am Dienstag veröffentlichte Jahresbericht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zeigt: Deutschland verbessert seine Cybersicherheit, doch die Lage bleibt kritisch: Die Zahl neu entdeckter Schwachstellen stieg um 24 Prozent und viele Systeme sind weiterhin schlecht geschützt. Ransomware-Gruppen und staatlich gesteuerte Akteure stellen die größten Bedrohungen dar, besonders in Cloud-Diensten, Energieversorgung und Fahrzeugindustrie. Während große Betreiber ihre Schutzmaßnahmen ausbauen, bleiben KMU, Kommunen und Verbraucher verwundbar; das Bundesministerium des Innern reagiert mit dem Cyberdome und stärkeren Befugnissen für Sicherheitsbehörden. Hersteller sollen künftig standardmäßig Sicherheitsfunktionen wie starke Authentisierung und Updates integrieren, um die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen.

13. Rechenzentren wachsen stark, KI-Rechenzentren Haupttreiber

Aktuell machen Rechenzentren für Künstliche Intelligenz (KI) rund 15 Prozent der gesamten in Deutschland installierten Kapazitäten aus. Bis 2030 sollen sich diese KI-Kapazitäten – die in Watt gemessen werden – vervierfachen, von derzeit 530 Megawatt auf dann 2.020 Megawatt Anschlussleistung. Der Anteil von KI-Rechenzentren an den deutschen Gesamtkapazitäten wird dann bei 40 Prozent liegen. Insgesamt sind in Deutschland derzeit 2.000 Rechenzentren mit einer Anschlussleistung von jeweils mehr als 100 Kilowatt installiert, darunter 100 größere Rechenzentren mit mehr als fünf Megawatt Leistung. Die Leistung aller deutschen Rechenzentren ist 2025 um neun Prozent auf 2.980 Megawatt gewachsen, die hundert größten Rechenzentren steuern dazu die Hälfte bei. Anfang 2026 soll erstmals die Marke von 3.000 Megawatt und 2030 die von 5.000 Megawatt überschritten werden. Verglichen mit 2024 werden sich Deutschlands Rechenzentrumskapazitäten dann nahezu verdoppelt haben. Das sind Ergebnisse der aktuellen Bitkom-Studie „Rechenzentren in Deutschland: Aktuelle Marktentwicklungen – Update 2025“, die vom Borderstep Institut durchgeführt und am 10. November 2025 veröffentlicht wurde.